

Donnerstag, 22. Oktober 2015

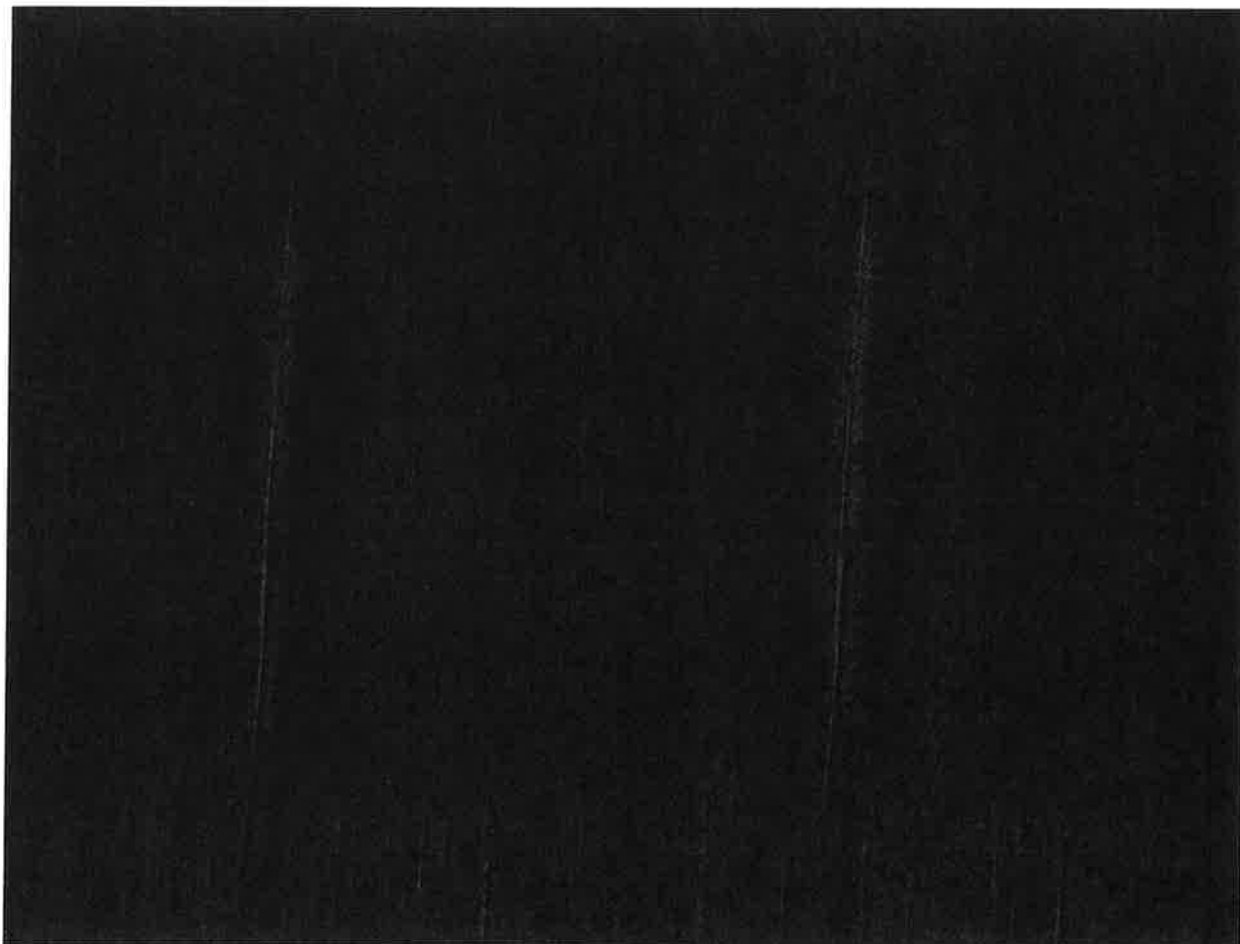
**GEHEIM**

Vereinfachte Bearbeitung

---

# Tageslage

---



## Inland

### Schweiz: "Bündnis gegen den Schnüffelstaat" startet am 27.6. Kampagne gegen das neue Nachrichtendienstgesetz / Referendum gegen BÜPF laut Referendumskomitee noch nicht abgestürzt

- Die Kompetenzen, die der Nachrichtendienst mit dem neuen Gesetz erhalte, gingen "extrem weit", sagte der Präsident von grundrechte.ch. Es wäre eine Illusion zu meinen, dass die Geheimdiensttätigkeit durch eine richterliche oder parlamentarische Kontrolle zu begrenzen sei. Der Nachrichtendienst könne gegenüber dem Richter nämlich jeden zum mutmasslichen Terroristen emporstilisieren.
- In der bisherigen Diskussion sei wenig beachtet worden, dass das neue Gesetz die Zusammenarbeit des NDB mit ausländischen Diensten offiziell regle, stellte er fest. Die Zusammenarbeit des NDB mit "befreundeten" Diensten würde weiter zunehmen. Das käme einer schrittweisen Abschaffung der Neutralität gleich.
- Ein Vertreter der Digitalen Gesellschaft warnte vor Staatstrojanern, mit denen der NDB Computer aus der Ferne manipulieren könnte. Trojaner nutzten Sicherheitslücken, und für diese gebe es einen Schwarzmarkt, erklärte er. Durch den Kauf von Trojanern unterstütze der Staat diesen. Zudem liessen sich Trojaner nur bedingt kontrollieren. Die Macht über die Funktion und den Umfang liege beim Programmierer.
- Ein Dorn im Auge ist dem Bündnis auch die Kabelaufklärung. Damit würde dem NDB erlaubt, Daten aus Internetkommunikation auszuwerten. Dass das Gesetz nur das Erfassen grenzüberschreitender Signale erlaubt, sei "Augenwischerei". Auch die inländische Kommunikation gehe oft übers Ausland.

Quelle / Datum  
Originalmeldung

SDA / NZZ (27.6.)  
Gegner des Nachrichtendienstgesetzes pochen auf Grundrechte  
Überwachungsgesetz: Referendum gegen BÜPF noch nicht abgestürzt

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



Dienstag, 28. Juni 2016

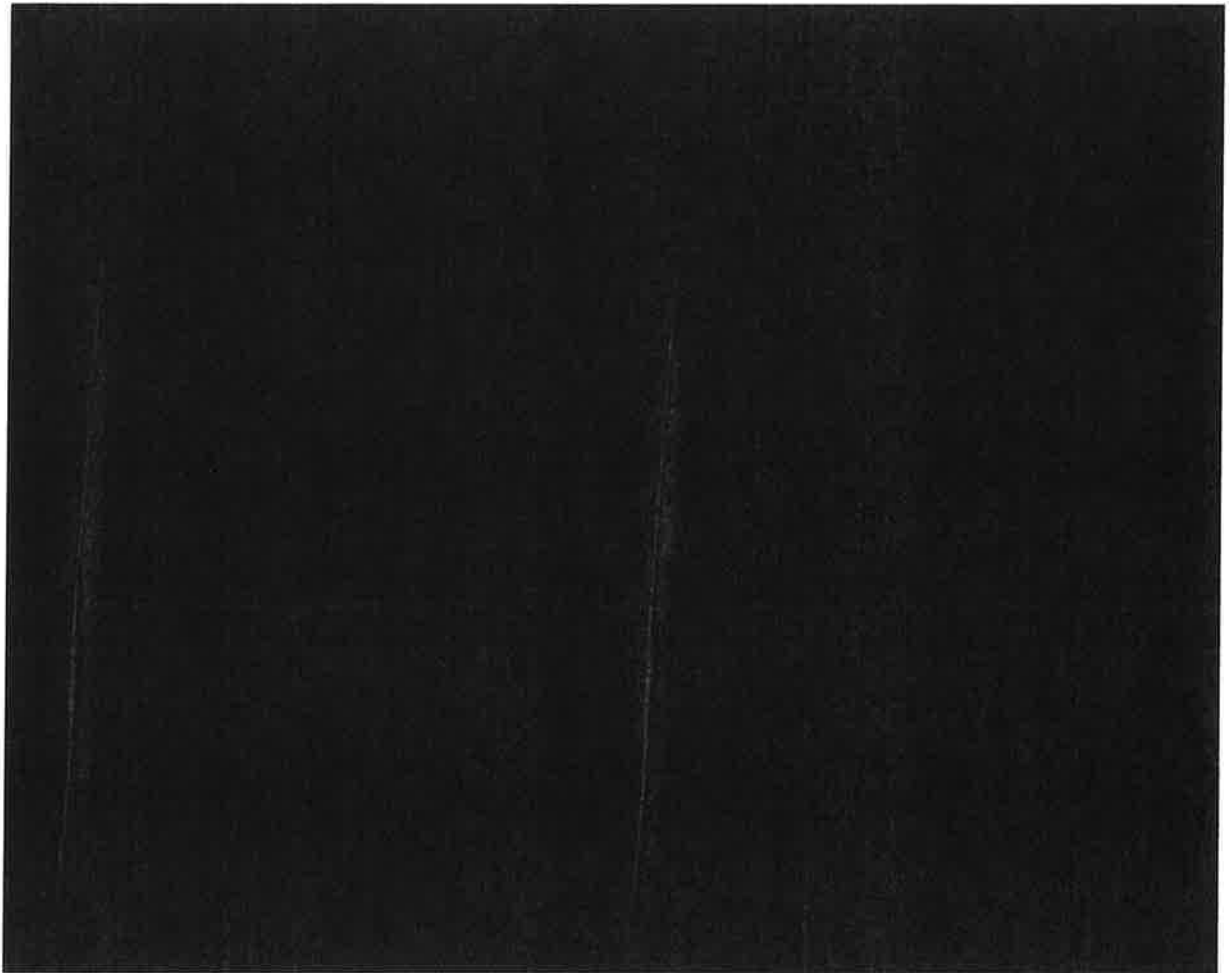
**GEHEIM**

Vereinfachte Bearbeitung

---

# Tageslage

---



**Schweiz: Netzwoche berichtet unter dem Titel "Wer sagt, dass ein Geheimdienst die Sicherheit der Bürger gewährleisten kann?" über die laufende Formation der NDG-Gegnerschaft fürs Referendum**

- In der Berichterstattung kommen sowohl Gegner in Form des Chaos Computer Clubs (CCC) der Schweiz als auch Unterstützer, vertreten durch Franz Grüter (SVP), zu Wort.
- Laut CCC können die NDG-Gegner mit der Unterstützung von Gruppen wie Amnesty International (Schweiz), Humanrights.ch, Greenpeace oder der Stiftung für Konsumentenschutz rechnen. Auch Grundrechte.ch und die Piratenpartei unterstützen das Referendum. Die Digitale Gesellschaft betreibt das Portal [nachrichtendienstgesetz.ch](http://nachrichtendienstgesetz.ch), das auch zur Koordination der Unterschriftensammlung dient.
- Ein von der JUSO initiiertes Komitee hat sich unter [schnüffelstaat.ch](http://schnüffelstaat.ch) firmiert. Laut CCC unternimmt zudem die Firma Protonmail Anstrengungen, um ein wirtschaftliches Komitee auf die Beine zu stellen, das sich sowohl aus ethisch-moralischen wie auch geschäftskritischen Gründen gegen das NDG stellt.

Quelle / Datum                      Netzwoche (21.10.)  
Originalmeldung                    siehe [netzwoche.ch/de-CH/News](http://netzwoche.ch/de-CH/News)

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]